CDU-Landesverband · Rheinallee 1a-d · 55116 Mainz

CDU RHEINLAND-PFALZ

Verteiler:
Kreisvorsitzende und
Kreistagsfraktionsvorsitzende

15. Februar 2012

Grundgesetz statt Scharia

Anrede,

wieder einmal hat die Regierung Beck mit bedenklichen Äußerungen zur Berücksichtigung islamischer Wert- und Rechtsvorstellungen in unserer Gesellschaft für große Verunsicherung gesorgt. Ausgerechnet Justizminister Hartloff hat sich jüngst für die Einführung von Scharia-Schiedsgerichten in Deutschland ausgesprochen. Damit propagiert der Justizminister Hartloff die Förderung und Anerkennung von Institutionen, die Streitigkeiten in Deutschland ohne Rücksicht auf unserer Rechtsordnung ausschließlich nach islamischem Recht entscheiden sollen.

Die CDU Rheinland-Pfalz wirbt dagegen für die allgemeine Geltung, Durchsetzung und Anerkennung unseres Rechts als wichtige Voraussetzungen, um das Entstehen von Parallelgesellschaften gerade auch unter Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit anderem kulturellen Hintergrund zu verhindern. Wir bekennen uns zum Ziel eines starken und wehrhaften Rechtsstaats mit klarer Wertbindung, wie sie unser Grundgesetz und die europäischen Verträge vorgibt. Mit unseren Überzeugungen und Grundwerten ist eine Rechtsordnung nicht zu vereinbaren, die z. B. Frauen dem Mann unterordnet und die Männern das Recht zur Gewaltausübung gegenüber ihren Ehefrauen zuspricht.

Natürlich ist uns bewusst, dass in manchen Ländern die Scharia als staatliches Recht eingeführt wurde; selbstverständlich akzeptieren wir auch, dass als Folge dieser Geltung in anderen Staaten deutsche Gerichte bei Fällen mit Auslandsbezug nach den Regelungen des internationalen Privatrechts auch Regelungen der Scharia anwenden (müssen). Der entscheidende Unterschied zu den Vorstellungen des Justizministers Hartloff und zu den Scharia-Schiedsgerichten liegt jedoch darin, dass die deutschen Gerichte bei jeder Anwendung ausländischen Rechts prüfen müssen, ob der so genannte „Ordre public" gewahrt ist – oder mit anderen Worten: Die deutschen Gerichte stellen sicher, dass die Wertvorstellungen unseres Grundgesetzes nicht verletzt werden.

Rheinallee 1a-d
55116 Mainz
Telefon 06131 28470
Telefax 06131 5544799

Deutsche Bank Mainz
(BLZ 55070040) 147710

info@cdu-rlp.de
www.cdu-rlp.de

Scharia-Schiedsgerichte würden dagegen einen solchen „Grundwerte-Filter“ nicht anwenden. Sie wären frei von Rücksichtnahmen, und wir halten es für geradezu naiv, wenn Herr Hartloff glaubt, er könne sicherstellen, dass die Scharia „nur in moderner Form“ angewendet würde.

Unsere Sorge ist, dass der ohnehin häufig große Druck gerade auf die Schwächeren unter den Mitbürgerinnen und Mitbürgern muslimischen Glaubens, bei Problemen nicht die staatlichen Gerichte anzurufen, durch eine staatliche Akzeptanz von Scharia-Schiedsgerichten noch massiv gesteigert würde. Damit leistet der Justizminister letztlich dem Entstehen von Parallelgesellschaften und von (grundgesetzfreien) Räumen Vorschub.

Geradezu unsäglich ist der von Herrn Hartloff bemühte Vergleich zu den Kirchengerichten. Diese befassen sich mit innerkirchlichen Angelegenheiten, typischerweise mit Rechtsverhältnissen ihrer Mitglieder aufgrund des Mitgliederstatus oder Fragen des kirchlichen Dienstrechts. Kein Kirchengericht entscheidet dagegen bürgerliche Streitigkeiten, wie zum Beispiel Erbrechtsfragen, die Herr Hartloff gerne an die Scharia-Schiedsgerichte verweisen möchte. Außerdem sind die großen christlichen Kirchen in Deutschland als Körperschaften des öffentlichen Rechts verfasst, was die Achtung des Grundgesetzes voraussetzt.

Die jüngsten Äußerungen der Regierung Beck durch den Justizminister Hartloff stellen also eine ernsthafte Gefährdung des Rechtsfriedens und der - gemeinschaftsstiftenden - einheitlichen Rechtsordnung dar. Die CDU Rheinland-Pfalz steht dagegen für Integration auf dem Boden des Grundgesetzes, und wir möchten auch Sie bitten, dies vor Ort aktiv deutlich zu machen. Der beiliegende Resolutionsentwurf, den Sie in Ihren Vorständen oder durch andere Parteigremien diskutieren und beschließen könnten, wäre ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Unsere Rechtspolitiker unterstützen Sie gerne hierbei.

Herzliche Grüße aus Mainz,

Julia Klöckner MdL
CDU-Landesvorsitzende

Dr. Helmut Martin
Landesvorsitzender des ACDJ
(Juristen in der CDU)

Anlagen:
Resolutionsentwurf
Muster Pressemeldung